

Osteuropa kompakt

Aktuelles aus Steuern und Wirtschaft

Ausgabe 80, April 2011

Aserbaidshon

Das Steuerministerium ernennt eine Einheitsabteilung f#r die staatliche Anmeldung ausl#ndischer Unternehmen

Am 25 Januar 2011 ernannte das Steuerministerium die Abteilung zur Anmeldung gewerblicher juristischer Personen der Stadt Baku zur Einheitsabteilung f#r die Anmeldung der unten genannten Organisationen im gesamten Land, mit Ausnahme der autonomen Republik Nakhchivan:

- Alle gewerblichen Unternehmen mit Auslandsinvestitionen,
- Universit#ten und Schulen (Oberschulen und Gymnasien),
- Finanzgewerbliche Konzerne,
- Banken,
- Investmentfonds,
- Versicherungs- und Pr#fungsorganisationen.

Fortschritt der Steuer- verwaltungsreformen

Das Steuerministerium setzt weitere Reformen zur Qualit#tssteigerung der Steuerverwaltung sowie die Grunds#tze in dem von Finanzminister Fazil Mammadov abgesteckten Handlungsplan vom 6. Januar 2011 durch. Einer dieser Grunds#tze ist die Einf#hrung elektronischer Pr#fungen von Steuerzahlern. Zur Erreichung dieses Ziels wird das Steuerministerium von der niederl#ndischen Steuerverwaltung unterst#tzt.

In der Zukunft wird die Onlineabgabe der Steuererklärung f#r jeden Steuerpflichtigen obligatorisch sein, sodass nur elektronische Steuererkl#rungen akzeptiert werden.

Das Steuerministerium arbeitet au#erdem an Verbesserungen im Bereich des Kapazit#tsaufbaus und der -entwicklung von Steuerpersonal sowie im Bereich elektronischer Dienstleistungen f#r Steuerpflichtige und tempor#re Steuerfreistellungen f#r Kleinunternehmer.

Kontakt vor Ort:

Vugar Aliyev, Telefon: +994 12 497 25 15

Lettland

Einmalige unterst#tzende Steuerma#nahme zur Bek#mpfung der Schattenwirtschaft

F#r die Bek#mpfung der Schattenwirtschaft und die F#rderung ehrlicher wirtschaftlicher Rahmenbedingungen hat das Finanzministerium eine einmalige unterst#tzende Steuerma#nahme (TSM) vorgeschlagen. Diese Ma#nahme beinhaltet die Abschaffung der S#umnisgeb#hr sowie eines Gro#tteils der Strafen, die einem Steuerpflichtigen, der seine Steuerschulden innerhalb eines vorgeschriebenen Zeitraums zahlt, auferlegt

wurden. Am 8. März 2011 akzeptierte das Ministerkabinett den Vorschlag und beauftragte das Finanzministerium mit einem TSM-Gesetzesentwurf und der Unterbreitung von Änderungen der Kabinettsverordnung, welche die Vorgehensweise von Steuerzahlungen und verspäteten Steuerzahlungen an die Finanzbehörden bis zum 1. April vorschreibt.

Die TSM zielt auf die Verringerung der Belastung von Steuerschulden eines Steuerpflichtigen aus der Wirtschaftskrise sowie auf eine Steigerung der Regierungseinnahmen ab.

Der TSM-Entwurf soll Schulden, die vor dem 1. Juli 2010 entstanden sind, abdecken. Das ist das Datum der Bestimmung von Schulden der folgenden Steuern:

- Einkommensteuer;
- Körperschaftssteuer;
- Umsatzsteuer;
- Verbrauchssteuer;
- Zollgebühren und äquivalente Gebühren;
- Nationale Versicherungsbeiträge;
- Steuer auf den Verbrauch nationaler Ressourcen
- Grundsteuer.

Die Idee der vorgeschlagenen TSM ist die Abschaffung einer Säumnisgebühr und 90 % einer Strafe, die einem Steuerpflichtigen für die Zahlung seiner Schulden auferlegt wird sowie 10 % dieser Strafe.

Die ganze TSM ist in mehrere Abschnitte unterteilt. Falls die Schuld geringer als 100 Lats (ca. EUR 140,70) für Einzelpersonen bzw. 500 Lats (ca. EUR 703,50) für juristische Personen ist, muss die volle Zahlung innerhalb von 90 - 180 Tagen nach Beginn der TSM erfolgen. Falls die Schuld größer als beide Beträge ist und die Finanzbehörden eine Fristverlängerung in Einklang mit wichtigen Kriterien gewährt hat, muss die Zahlung entsprechend eines Zahlungsplans nicht später als 90 Tage plus 60 Monate nach dem Beginn der TSM erfolgen.

Die Teilnahme an der TSM befreit den Steuerpflichtigen nicht von der Pflicht, Steuern bei Fälligkeit entsprechend relevanter Steuergesetze zu zahlen.

Kontakt vor Ort:

Zlata Elksnina-Zascirinska, Telefon: +371 67 09-44 00

Russland

Steuervergünstigungen beim Verkauf von Anteilen/Beteiligungen an russischen juristischen Personen

Kernpunkt der Steuervergünstigungen beim Verkauf von Anteilen/Beteiligungen

Gewinne aus dem Verkauf von oder anderweitiger Verfügung (inklusive Auszahlungen) über Geschäftsanteile und Aktien an russischen juristi-

schen Personen unterliegen einem Gewinn- (bzw. Körperschafts-) Steuersatz von 0 %. Voraussetzung hierfür ist, dass sich die Anteile zum Zeitpunkt des Verkaufs seit mehr als fünf Jahren ununterbrochen im Eigentum des Steuerpflichtigen befanden. Für eine Gewinnsteuerbefreiung muss **eine der folgenden drei Bedingungen** erfüllt sein:

- Die Anteile waren über die gesamte Dauer des Besitzes durch den Steuerpflichtigen nichtnotierte Wertpapiere.
- Die Anteile sind an der Börse zugelassen und stammten während der gesamten Dauer des Besitzes durch den Steuerpflichtigen aus dem Bereich Hochtechnologie/ innovative Technologie.
- Zum Zeitpunkt des Erwerbs durch den Steuerpflichtigen waren die Anteile als nichtnotierte Wertpapiere ausgewiesen. Zum Zeitpunkt ihres Verkaufs oder anderweitiger Veräußerung (inklusive Auszahlung) durch den Steuerpflichtigen stammen die Anteile aus dem Bereich Hochtechnologie/innovative Technologie und sind an der Börse zugelassene Wertpapiere.

Das Verfahren zur Einstufung von an der Börse zugelassenen Wertpapieren als Anteile aus dem Bereich Hochtechnologie/innovative Technologie wird durch die russische Regierung festgelegt.

Bedeutung des Begriffs "Erwerb"

Die steuervergünstigte Behandlung gilt nur für Wertpapiere und Beteiligungen am Stammkapital, welche nach dem 1. Januar 2011 durch den Steuerpflichtigen erworben wurden (Artikel 7 des Föderalen Gesetzes Nr. 395-FZ vom 28. Dezember 2010). In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage, wie weitgehend der Begriff "Erwerb" ausgelegt werden kann und muss. Gilt die Anwendbarkeit der Steuervergünstigung für

- Anteile, die vom Gründungsgesellschafter als Einlage in das Stammkapital übertragen wurden;
- Anteile, die als Dividenden oder durch Neugründung erworben wurden;
- Anteile, die von einer dritten Partei oder dem Emittent selbst direkt gekauft wurden?

Eine ähnliche Frage ergab sich im Hinblick auf den Anspruch von Steuervergünstigungen für die Ausschüttung von Dividenden nach Zypern, falls ein zypriotisches Unternehmen Anteile als Einlage in sein Stammkapital erwirbt. Nach Auffassung des russischen Finanzministeriums kommen in diesem Fall keine Steuervergünstigungen zur Anwendung, da keine Gelder direkt in ein Unternehmen investiert wurden, das Dividenden auszahlt. Deshalb kann nicht ausgeschlossen werden, dass die russischen Finanzbehörden eine enge Auslegung des Begriffs "Erwerb" in Bezug auf die o. g. Steuervergünstigungen bevorzugen werden

Erleichterungen für ausländische Investoren

Im März 2011 hat die russische Staatsduma einen Gesetzesentwurf angenommen, der strategische Investitionen in den folgenden Sektoren erleichtern soll:

- Öl-, Gas- und Bergbauindustrie
- Bankensektor
- Unternehmen, die bestimmte radioaktive Materialien benutzen
- Unternehmen, die bestimmte Arten von Bakterien zu industriellen Zwecken verwenden

Öl-, Gas- und Bergbauindustrie

In der Öl-, Gas- und Bergbauindustrie sollen Erhöhungen des Stammkapitals von Unternehmen, die eine Lizenz zur Entwicklung von Bodenschätzen besitzen, erleichtert werden. Insbesondere soll bei solchen Transaktionen keine vorausgehende Zustimmung der russischen Regierungskommission für die Kontrolle ausländischer Investitionen in der Russischen Föderation erforderlich sein. Dies gilt, wenn der Anteil der privaten ausländischen Investoren maximal zehn Prozent der stimmberechtigten Aktien oder Geschäftsanteile beträgt.

Bankensektor

Kreditinstitute in Russland sind verpflichtet, ihre digitalen Daten mit besonderen Verschlüsselungsprogrammen zu schützen. Hierzu bedarf es einer Lizenz des russischen Geheimdienstes. Nach alter Rechtslage fallen auch kleine Banken unter diese Pflicht. Das führt dazu, dass sie als sogenannte strategische Unternehmen angesehen werden. Ausländische Investoren benötigen bei Beteiligungen an solchen Banken ebenfalls erst die Erlaubnis der Regierungskommission, des Föderalen Antimonopoldienstes und der russischen Zentralbank. Das ist sehr zeit- und kostenintensiv.

Die Neuregelungen sollen insbesondere Übernahmen von russischen Banken, an denen der russische Staat nicht beteiligt ist, oder den Erwerb von Mehrheitsbeteiligungen durch ausländische Investoren erleichtern. Für Beteiligungen an Banken, an denen der russische Staat Anteile hält, ist weiterhin eine Zustimmung der Regierungskommission erforderlich.

Radioaktive Materialien

Unternehmen, die radioaktives Material verwenden, müssen Lizenzen hierfür erwerben. Unabhängig davon, wie das verwendete Material nach seinem Gefahrenpotenzial eingestuft wird, gelten Unternehmen, die es verwenden, ebenfalls als "strategische Unternehmen". Das gilt auch für Krankenhäuser mit einer Röntgenabteilung. Das führt mitunter dazu, dass solche Unternehmen im Falle von Beteiligungen durch ausländische Investoren zunächst die Zustimmung der Regierungskommission für die Transaktion benötigen.

Die Vereinfachungen sollen jene Unternehmen betreffen, die radioaktives Material der niedrigsten Gefahrenstufe (Stufe 4) verwenden. Dazu gehören etwa Krankenhäuser. In diesem Fall soll eine Zustimmung der Regierungskommission nicht erforderlich sein.

Bakterien

Analog dazu sollen diejenigen Unternehmen, die Bakterien zu industriellen Zwecken verwenden, von der Pflicht zur Einholung einer Zustimmung für Transaktionen mit ausländischen Investoren befreit werden. Das gilt, wenn sie Bakterien der niedrigen Pathogenitätsgruppe IV verwenden.

Neue verfahrensrechtliche Regelungen

Neben den neuen materiell-rechtlichen Regelungen sollen auch neue verfahrensrechtliche Regelungen eingeführt werden. Insbesondere sollen dem russischen Verteidigungsministerium und dem Geheimdienst 30 Tage anstatt bisher 20 Tage zur Prüfung eventueller Risiken der geplanten Transaktionen eingeräumt werden. Ebenfalls soll die Frist für eine Einigung zwischen Geheimdienst und ausländischem Investor auf 30 Tage erhöht werden für den Fall, dass die Regierungskommission gewisse Bedingungen an ihre Zustimmung knüpft.

Die zweite Gesetzesnovelle wird der russischen Staatsduma voraussichtlich am 15. Mai 2011 vorgelegt.

Kontakt in Deutschland:

Tanja Galander, Telefon: +49 30 2636-5483

Daniel Kast, Telefon: +49 30 2636-5252

Stanislav Rogojine, Telefon: +49 30 2636-5207

Serbien

Erhöhte Steuerkontrolle für Zusatzleistungen an den Arbeitnehmer

Die Bereitstellung von Zusatzleistungen an Arbeitnehmer ist unter serbischen Arbeitgebern eine weit verbreitete Gewohnheit. Sie können z. B. Folgendes enthalten:

- das Recht auf die Benutzung eines Firmenwagens,
- das Recht auf das Bewohnen firmeneigener Wohnungen oder Mietkostenübernahme durch den Arbeitgeber,
- das Recht auf die Benutzung eines Handys,
- Arbeitnehmerdarlehen,
- die Bereitstellung verschiedener Versicherungsleistungen,
- die Bereitstellung von Erholungs- und Fitnessräumen,
- die Bereitstellung von Waren, Dienstleistungen und Rabatten an den Arbeitnehmer.

Je nach den Geschäftsbedingungen, auf deren Grundlage die Zusatzleistungen bereitgestellt werden, können diese als Teil des Arbeitnehmergehalts behandelt werden. Damit würden sie der Einkommensteuer sowie den Sozialversicherungsbeiträgen unterliegen.

In der letzten Zeit gab es vermehrt Berichte von Steuerpflichtigen, dass die serbische Finanzbehörde begonnen hat, die Arbeitgeberausgaben

bezüglich der vorher genannten Zusatzleistungen zu überprüfen. Ziel ist die Feststellung der Zusatzleistungen als Teil des Arbeitnehmergehalts. Deshalb ist es sehr wichtig die richtige Herangehensweise bezüglich solcher Ausgaben zu wählen.

Ausbau der Anzahl serbischer Doppelbesteuerungsabkommen

In der jüngeren Vergangenheit ist die Anzahl der serbischen Doppelbesteuerungsabkommen deutlich gestiegen. Im Januar 2011 sind 10 Doppelbesteuerungsabkommen in Kraft getreten, darunter die lang erwarteten Abkommen mit Österreich und Griechenland.

Diese kürzliche Erweiterung beinhaltet außerdem die Unterzeichnung des Abkommens mit Indonesien sowie die ersten Gespräche bezüglich des Abkommens mit Montenegro. Wann dieses Abkommen in Kraft treten wird ist noch unklar.

Kontakt vor Ort:

Mirko Kovac, Telefon: +381 11 3302 154

Tschechien

Hohes finanzielles Risiko bei Nichtveröffentlichung von Finanzberichten

Obwohl Unternehmen gesetzlich verpflichtet sind, regelmäßig ihre Finanzberichte im Handelsregister zu veröffentlichen, wird diese Verpflichtung, trotz beträchtlicher finanzieller Strafen, die auferlegt werden können, oftmals ignoriert.

Unternehmen kommen ihrer gesetzlichen Verpflichtung oftmals nicht nach, um sensible Daten ihres Geschäfts nicht der Konkurrenz zu offenbaren. Seit 2011 bestraft das Finanzamt jedoch Unternehmen, die dieser lang tolerierten Vorgehensweise Folge leisten. Das Gesetz erlaubt die Festsetzung einer Strafe von bis zu 3 % des Vermögenswertes eines Unternehmens. Neben der Strafe des Finanzamts können Unternehmen außerdem durch das Gericht des Handelsregisters für das Nichtbeachten der Forderung nach Vervollständigung der Dokumente durch Finanzberichte belangt werden. Das Ziel der Verpflichtung zur Veröffentlichung finanzieller Ergebnisse von Unternehmen und die strengere Vollstreckung durch die nationalen Behörden ist es, Unternehmen die Möglichkeit zu eröffnen, über ihre aktuellen und potenziellen Geschäftspartner zu recherchieren (auf der Grundlage relevanter Informationen im Handelsregister).

Änderung des Umsatzsteuergesetzes vom Präsidenten unterzeichnet

Die Änderung des Umsatzsteuergesetzes wurde am 21 Februar durch den Präsidenten unterzeichnet und hat mehrere wichtige Änderungen zum 1. April eingeführt.

Außerdem hat die Regierung während ihrer Sitzung am 17. Februar 2011 Änderungen der Umsatzsteuersätze beschlossen. Die Absicht ist die Vereinheitlichung des Umsatzsteuersatzes auf 20 % und die Neueinstufung aller Waren und Dienstleistungen, die zur Zeit dem ermäßigten Satz unterliegen, auf den Standardsatz von 20 %. Eine Ausnahme soll es für Grundnahrungsmittel wie Milch, Kartoffeln, Brot, Fish, Gemüse, Babymilch sowie Nahrung für Diabetiker oder glutenfreie Ernährung. Diese Waren unterliegen weiterhin dem ermäßigten Satz von 10 %.

Das Ministerium plant eine Änderung der D-300 Verordnung

Das Finanzministerium hat einen Änderungsvorschlag für die D-300 Verordnung, welcher einige Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes erklärt, vorbereitet. Dies sind die wichtigsten Änderungen:

- Um eine Steuerbefreiung zu erlangen, soll der Zeitraum des Anteilsbesitzes weder bei Verschmelzungen noch bei Spaltungen unterbrochen werden.
- Kosten für die internationale Beschaffung von Arbeitskräften werden steuerlich genauso behandelt wie Kosten für firmeneigene Angestellte.
- Zu den Steuerausgaben zählen ebenfalls Reparatur- und Instandhaltungskosten für geleaste Anlagen, falls der Leasingnehmer verpflichtet ist, die Anlagen zu reparieren oder instand zu halten. Vorausgesetzt die Miete wird nicht durch diese Ausgaben beglichen, stellen die Ausgaben kein Einkommen des Leasinggebers aus Sachmitteln dar.
- Die empfohlene Methode zur Berechnung der Gesellschafterfremdfinanzierung hat sich geändert - der Betrag des Eigenkapitals eines Unternehmens soll als gewichteter arithmetischer Durchschnitt anstatt eines einfachen arithmetischen Durchschnitts bestimmt werden.
- Geschätzte Verbindlichkeiten werden nicht als solche angesehen. Falls eingestellt, besteht keine Verpflichtung zu Einbehalt und Zahlung der Steuer.

Aktuell ist noch unklar, wann oder ob die Änderung überhaupt veröffentlicht wird.

Kontakt vor Ort:

Lenka Mrázová, Telefon: +420 2 5115-2553

Ukraine Automatische Umsatzsteuerrückerstattung

Am 15. März 2011 verkündete die ukrainische Steuerverwaltung den Beginn der automatischen Umsatzsteuerrückerstattung. Dieses Mal sind nur 24 Unternehmen (von 1971 Bewerbern) dazu berechtigt. Der Gesamtbetrag, der bei dem automatischen Verfahren rückerstattet wird beträgt 457 Millionen UAH - ca. 39,2 Millionen EUR. Die Liste der berechtigten Unternehmen kann auf der Internetseite der ukrainischen Steuerverwaltung eingesehen werden:

http://www.sta.gov.ua/control/uk/publish/article?art_id=317637&cat_id=90622

Besonderheiten bei der Vervollständigung von Umsatzsteuerrechnungen

Das Finanzamt Kiew hat eine Erklärungsmitteilung bezüglich einiger Besonderheiten bei der Pflege des Registers für ausgestellte und erhaltene Umsatzsteuerrechnungen sowie bezüglich der Regelungen zur Vervollständigung der Umsatzsteuerrechnungen (wie durch das Steuergesetz vorgeschrieben) veröffentlicht.

Laut der offiziellen Website:

- sollen die Nummerierung der Akten im Register für Umsatzsteuerrechnungen sowie die Nummerierung von Umsatzsteuerrechnungen jeden Monat mit einer "1" beginnen;
- soll das Datumsformat der Umsatzsteuerrechnung folgendermaßen sein: TTMMJJJJ (z. B. 01012011);
- soll (für den Fall, dass die Transaktion auf einer mündlichen Vereinbarung basiert) das Pflichtfeld "Art der zivilrechtlichen Vereinbarung" die Angabe "Kauf- und Verkaufsvertrag" oder "Dienstleistungsvertrag" beinhalten. Im Feld "Nummer" soll ein Bindestrich ("-") stehen;
- muss eine Umsatzsteuerrechnung am Tag ihrer Ausstellung beim Vereinigten Register für Umsatzsteuerrechnungen registriert werden. Falls nicht, besteht ein hohes Risiko der Ablehnung der Umsatzsteuerrechnung durch die Finanzbehörden.

Änderungen der Währungsregelungen für ausländische Investitionen

Am 22. März 2011 trat ein Beschluss der ukrainischen Nationalbank (NBU) in Kraft. Der Beschluss ändert mehrere wichtige Regelungen der NBU in Bezug auf das Tätigen und die Rückzahlung von Investitionen.

Die Änderungen beinhalten Folgendes:

- Um Dividenden an einen ausländischen Investor zu zahlen, ist das Vorlegen einer Bankbestätigung durch ein ukrainisches Unternehmen über eine Erstinvestition in der Ukraine nicht mehr notwendig.
- Für die Bestätigung des Verkaufspreises von nicht an der Börse zugelassenen Anteilen einer ukrainischen Aktiengesellschaft muss einer Bank ein beglaubigter Bewertungsbericht vorgelegt werden. Der ins Ausland überwiesene Betrag darf den bestätigten Aktienwert nicht überschreiten (dies gilt nicht für Gesellschaften mit beschränkter Haftung).
- Ein Kontoauszug der Finanzbehörden über die Zahlung von Steuern in der Ukraine gehört nicht mehr zu den Dokumenten,

die einer Bank für jegliche Art einer Investitionsrückzahlung vorgelegt werden müssen.

- Ausländische Investoren sind berechtigt, harte Währung von ihren Investitionskonten zum Guthaben bei ukrainischen Banken zu übertragen.

Kontakt vor Ort:

Dr. Marc-Tell Madl, Telefon: +380 44 4906777

Ungarn

Neue Regeln in der Sozialversicherung bei Arbeitstätigkeit in zwei oder in mehreren Mitgliedstaaten

Durch die Gesetzesänderung bezüglich der Sozialversicherungsleistungen, der Privatrentenberechtigten sowie der Deckung dieser Leistungen kann ab 1. Januar 2011 in Ungarn auch in Zusammenhang mit einer Arbeitstätigkeit für einen ausländischen Arbeitgeber außerhalb Ungarns eine Sozialversicherungspflicht entstehen. Die neue Regelung ermöglicht die Anwendung der Anweisungen zur Arbeitstätigkeit in mehreren Mitgliedsstaaten der EG - Verordnung Nr. 883/2004/EG über die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme. Nach der Hauptregelung des Abkommens können nur die Vorschriften eines Mitgliedsstaates für eine Person des Geltungsbereiches der Verordnung angewandt werden. Die Einkommen von Privatpersonen, die in mehreren Mitgliedsstaaten beschäftigt werden, müssen so betrachtet werden, als würden diese alle Einkünfte in einem Mitgliedsstaat erhalten, um eine doppelte oder mehrfache Abgabepflicht zu vermeiden. Der Arbeitnehmer, der seine Tätigkeit in mehreren Mitgliedsstaaten für einen Arbeitgeber ausführt (z. B: Ungarn, Deutschland, Österreich) wird nach dem Recht seines Wohnsitzes (Ungarn) beurteilt, falls er den Großteil seiner Tätigkeit im Land des Wohnsitzes (in Ungarn) ausführt - unabhängig davon, ob der Firmensitz seines Arbeitgebers im Land des Wohnsitzes (Ungarn) liegt oder nicht.

Falls die Privatperson den Großteil ihrer Tätigkeit nicht im Land ihres Wohnsitzes (Ungarn) ausführt, werden die Rechtsnormen desjenigen Mitgliedsstaates angewandt, in dem der eingetragene Firmensitz oder Wohnsitz seines Arbeitgebers liegt. Wenn der Arbeitnehmer mehrere Arbeitgeber hat oder mehrere Arbeitsverhältnisse besitzt (z. B: Aufsichtsratsmitgliedschaft, Auftragsverhältnis) und die Firmensitze seiner Arbeitgeber in verschiedenen Ländern liegen (z. B: Deutschland, Österreich), dann sind im Gegensatz dazu die Rechtsnormen seines Wohnsitzes (Ungarn) geltend, unabhängig davon, ob er den überwiegenden Teil seiner Arbeit in seinem Heimatland leistet. Eine Änderung im Vergleich zu den Vorjahren stellt dar, dass die Abgabepflicht auch in Zusammenhang mit einem ausländischen Arbeitsverhältnis mit Hinsicht auf die Arbeitstätigkeit im Ausland in Ungarn entsteht, falls die Privatperson gemäß dem Abkommen in Ungarn sozialversichert ist. Nach der früheren Regelung entstand in diesem Fall eine Abgabepflicht in Ungarn nur bei Arbeitstätigkeit in Ungarn auf Grund eines ausländischen Arbeitsverhältnisses oder nur auf Grund eines ungarischen Arbeitsverhältnisses. Als weitere Änderung hat auch die ausländische Gesellschaft ab 1. Januar 2011 eine Melde-, Abgabeabzugs- und Erklärungspflicht, welche durch ihren Vertreter oder mangels dessen durch sie selbst erledigt werden muss. Im Falle der Versäumnis dieser Meldepflicht muss die von der Gesell-

schaft beschäftigte Privatperson der Melde-, Abgabeabzugs- und Erklärungspflicht selber nachkommen. In dem Fall, in dem der Arbeitnehmer dieser Pflicht nicht nachkommt, muss er die Rechtskonsequenzen wegen des Ausbleibens der Abgabepflicht selbst tragen (nicht die Steuerstrafe und die Versäumnisstrafe). Der ausländische Arbeitgeber kann bei einer Versäumnis der Meldepflicht mit einer Versäumnisstrafe belegt werden, wobei die Höhe dieser Strafe von der Zahl der nicht gemeldeten Mitarbeiter abhängt. Bei einer ausländischen Arbeitstätigkeit sind die Rechtsvorschriften bezüglich der Versäumnisstrafe nicht eindeutig.

Kontakt vor Ort:

Gabriella Erdös, Telefon: +36 1 461 9130

Azerbaidjan

The Tax Ministry appoints a Unified Body for state registration of foreign companies

On 25 January 2011, the Ministry of Taxes appointed the Division for Registration of Commercial Legal Entities of the Baku City Department as a unified body for registering the below listed organizations across the country, except those in the Nakchivan Autonomy Republic:

- All commercial entities with foreign investment
- Universities and schools (high and secondary)
- Financial-industrial groups
- Banks
- Investment Funds
- Insurance and audit organizations

Progress of Tax Administration Reforms

The Ministry of Taxes (MoT) continues implementing reforms to enhance the quality of tax administration and implement the objectives set out in the Action Plan issued by Tax Minister Fazil Mammadov on 6 January 2011. One of these objectives is to implement the process of electronic audits of the taxpayers. The Tax Administration of the Netherlands has been engaged to assist the MoT to accomplish this project.

It is also planned that in future online tax filings will be mandatory for all taxpayers and no return other than electronic will be accepted.

MoT is also working on improvements in the area of capacity building and development of the tax personnel, as well as on electronic services to taxpayers and tax holidays for small entrepreneurs.

Czech Republic

Are you not publishing financial statements? You face high financial risk.

Although companies are legally bound to regularly publish financial statements in the commercial register, this liability is often ignored even

if considerable financial penalties can be imposed for breaking this obligation.

Companies are often motivated to break their legal obligation by their effort to keep sensitive data on their business from being disclosed to the competition. However, starting in 2011, the tax office began to penalize companies that followed this long tolerated practice. The law allows for the assessment of a penalty up to 3 % of the assets value of a company. In addition to the tax office penalty, companies can also be penalised by the commercial register court for not obeying the requirement to complete the collection of documents with financial statements. The aim of the liability to publish financial results of companies and its more rigorous enforcing by the state authorities is to ensure the possibility for entrepreneurs to investigate their current or potential business partners based on relevant information stated in the commercial register.

VAT Act Amendment signed by the President

The amendment to the Value Added Tax Act was signed by the President on 21 February 2011 and will introduce several significant changes with effect from 1 April 2011.

We would also like to advise you of upcoming changes to VAT rates, which were agreed by the Government during its session held on 17 February 2011. The intention is to unify the VAT rate at 20 percent and to re-classify all goods and services which are currently subject to a reduced rate to the standard rate of 20 percent. An exception should be granted for basic foodstuffs such as milk, potatoes, bread, fish, vegetables, baby milk and food for diabetics or for a gluten-free diet. These goods will be still subject to the reduced rate of 10 percent.

The Ministry is planning an amendment to the D-300 decree

The Ministry of Finance prepared a proposal of an amendment to the D-300 decree that explains some provisions of the Income Taxes Act. We consider the following suggested changes to be the most significant:

- For allowing a tax exemption the period of holding the shares shall not be interrupted in case of a merger or demerger.
- Costs within the international hire of labour force have the same tax regime as costs spent for a company's own employees.
- Tax expenses are also expenses on repairs or maintenance of leased assets if the lessee is obliged to repair or maintain the assets. These expenses do not represent non-monetary income of the lessor provided the rent is not settled by them.
- The recommended method for calculation of thin capitalization is changed - the amount of a company's own capital should be determined as a weighted arithmetic average instead of a simple arithmetic average.
- Estimated payables are not considered as payables and, when posted, there is no liability to withhold and pay the tax.

At the moment, it is not clear when or even whether the amendment to the statute will be issued.

Hungary

New social security rules on working in two or more Member States

As of 1 January 2011, work performed outside Hungary for a foreign employer may incur a social security liability in Hungary, as a consequence of amendments to the Act on Eligibility for Social Security Benefits and Private Pensions and the Funding for These Services ("the amended Act"). The amended Act enables the implementation of the rules on work performed in multiple Member States (multi-state rule) as set out in Community Regulation 883/2004/EC on the coordination of social security schemes ("the Convention"). Under the Convention's principal rule, only the legal regulations of a single Member State can be applied to individuals subject to the Convention. The income of private persons employed in multiple Member States must be treated as if all their income were received in one Member State, thus avoiding double or multiple contribution payment liabilities. Employees who work in a number of Member States (e.g.: Hungary, Germany, Austria) for a single employer are subject to the legal regulations of their country of residence (Hungary), provided they carry out the majority of their activities in their country of residence (Hungary), and regardless of whether or not their employer's registered offices are located in Hungary.

In the case of private persons who do not perform most of their activities in their country of residence (Hungary), the legal regulations of the Member State where the registered office of their employer is located, will prevail. However, if an individual has multiple employers and/or multiple employment or other contractual relationships (e.g. supervisory board membership, appointment relationship) and the employers' / principals' registered addresses are in different Member States (e.g.: Germany, Austria), then the legal regulations of the Member State where the individual resides (Hungary) will prevail, regardless of whether or not the individual carries out most of his or her activities in his or her country of residence. One change from previous years is that a contribution payment liability also now arises in Hungary on income received for work performed abroad on the basis of a foreign employment relationship, as long as the employee is insured in Hungary under the Convention. Previously, in such cases the contribution payment liability only arose in Hungary for work performed on the basis of a Hungarian legal relationship or for work done in Hungary under a foreign legal relationship. A further change is that from 1 January 2011, foreign businesses are also subject to reporting, contribution deduction and return filing obligations, which have to be discharged through a representative or, if such is not available, on their own. If the foreign business does not discharge these obligations, the employee concerned has to do so. If the employee fails to discharge the obligations, she/he must bear the legal consequences (except for tax penalties and default fines) of failure to discharge the contribution liability. Foreign employers that fail to discharge the reporting obligation may be subject to a default fine whose amount will depend on the number of employees they fail to report. In cases of work carried out abroad, the rules on default fines are not clearly defined.

Latvia

One-off tax support measure to fight black economy

To fight the black economy and to encourage an honest business environment, the Ministry of Finance has proposed a one-off tax support measure (TSM) that involves cancelling a late charge and much of a penalty that has been imposed on a taxpayer, provided he pays his principal tax debt by a fixed time limit. On 8 March 2011 the Cabinet of Ministers accepted this proposal and instructed the Ministry of Finance to draft a TSM bill and to submit amendments to the cabinet regulation that prescribes how current tax payments and late tax payments should be made to the tax authorities by 1 April.

The TSM aims to ease the burden of tax debts incurred by taxpayers as a result of the economic crisis and to boost government revenues.

The TSM proposal is to cover debts arising before 1 July 2010, the date of determining a principal debt in the following taxes:

- Personal income tax;
- Corporate income tax;
- Value added tax;
- Excise duty;
- Customs duty and equivalent charges;
- National insurance contributions;
- Natural resource tax; and
- Real estate tax.

The idea of the proposed TSM is to cancel a late charge and 90 per cent of a penalty imposed on a taxpayer that has paid his principal debt and 10 per cent of that penalty.

The whole TSM is divided into several stages. If a principal debt is less than 100 lats for individuals or 500 lats for entities, then full payments will have to be made within 90–180 days after the TSM was started. If a principal debt is higher than either amount and the tax authorities have granted a deadline extension in line with relevant criteria, then payments will have to be made according to a payment schedule no later than 90 days plus 60 months after the TSM was started.

Participation in the TSM will not release the taxpayer from the duty to pay taxes as they fall due in accordance with relevant tax laws.

Russia

Tax relief upon the sale of shares/interests in Russian Entities

What's the essence of the tax relief upon the sale of shares/interests?

As you may already know, zero tax rate will be applied to capital gains from the sale or other disposal (including redemption) of shares in Russian entities (interests in Russian entities' charter capital), provided that, as of the sale date, they had been continuously held by the taxpayer on the basis of a right of ownership or another proprietary right for more

than five years. **One of the following three conditions** must be met in order to apply a 0 % tax rate:

- The shares have been unlisted securities over the entire period of the taxpayer's ownership of such shares.
- The shares are listed securities, and the shares have been those of the high technology/innovative sector of the economy over the entire period of the taxpayer's ownership of such shares.
- As of the date of acquisition by the taxpayer, the shares qualified as unlisted securities and, as of the date of their sale by said taxpayer or of another disposal (including redemption) by said taxpayer, they are listed securities of the high technology/innovative sector of the economy.

The procedure for classifying listed securities as shares of the high technology/innovative sector of the economy must be determined by the Russian Government.

How is the term "acquisition" to be understood?

The beneficial tax treatment will only apply to securities and interests in charter capital **acquired by taxpayers after 1 January 2011** (Article 7 of Federal Law No. 395-FZ of 28 December 2010). In connection with this, a question arises as to how broadly the term "acquisition" should be interpreted. Can this tax relief be applied when shares are received from the founding shareholders as a contribution into the charter capital, received as dividends or through reorganisation, or otherwise, rather than through a direct purchase from a third party or the issuer itself?

A similar question has arisen with respect to the tax relief entitlement for dividend distribution to Cyprus if a Cypriot company receives shares as a contribution into its charter capital. According to the Russian Ministry of Finance, the tax relief should not be applied in this instance, as no funds were directly invested into a company that pays out dividends. Therefore, we cannot rule out the possibility that the fiscal authorities will also adopt a narrow interpretation of the term "acquisition" with respect to this tax relief.

First set of amendments to the Strategic Investment Law

In March 2011 an "Amendment Bill" passed the first reading in the State Duma. This "Amendment Bill" is supposed to simplify the procedure for making foreign investments in the following strategic sectors:

- Oil & gas/mining
- Banking
- Enterprises using certain types of radioactive material
- Enterprises using certain types of bacteria (low levels of virulence) for industrial purposes

(a) Oil & gas/mining sector

The Amendment Bill will simplify the procedure of increasing the share capital of companies holding a licence for developing subsoil plots of national importance ("Strategic Subsoil Entity").

No preliminary approval of the Government Commission on Monitoring Foreign Investment in Russia (the "Investment Committee") will be required if, following the transaction (for example, in the process of the additional share flotation), the private foreign investor's shareholding does not exceed 10 % of the voting shares.

(b) Banking sector

Credit organisations – banks in particular – must secure data transmission through bank-client and Internet banking systems with encryption software. In order to use cryptographic keys, banks must apply to the Federal Security Service of Russia (the "FSB") for a licence allowing the use and technical support of cryptographic devices.

After the Law's entry into force, even small banks holding a licence for cryptographic activity became enterprises of strategic importance for national defence and security ("Strategic Entities").

This has significantly affected foreign investments in the banking sector. In practice, a foreign investor acquiring a controlling stake in a medium-size Russian bank must receive preliminary consent from the Investment Committee, the Russian Federal Antimonopoly Service (the "FAS"), and the Bank of Russia. This results in an approval process of several months, during which the investor is forced to bear the cost of filing documents. Moreover, under the Law, the FAS is obliged to reject applications for acquisition of control over Russian banks by foreign banks and companies that are controlled by Public Foreign Investors. In practice, in order to close a transaction, Russian banks whose interest/shares were the subject of the transaction have to withdraw their licences for cryptographic activities before the transaction and apply for them again after the transaction is closed.

Therefore, the Amendment Bill will simplify the rules on foreign investors' acquisition of control over Russian banks with no interest (contribution) held by the Russian Federation and remove excessive administrative burdens.

Accordingly, acquisition of control over major state-owned banks will still require the Investment Committee's consent.

(c) Enterprises using certain types of radioactive material

Many Russian entities – hospitals (using x-rays), manufacturers of medical equipment, oilfield service (drilling) providers, industrial plants, and electricity generating companies, in particular – use potentially hazardous radioactive material that does not have a serious impact on national defence and security. In Russia, a legal entity must hold a licence in order to use potentially hazardous radioactive material.

Russian law describes four categories of radioactive material based on the level of potential hazard in the event of a meltdown. Under the Law, all companies with a licence to use potentially radioactive material, regardless of its category, are Strategic Enterprises.

Given that these companies often belong to a group that includes a foreign holding company, any transactions concerning change of control within such companies, including intra-group transactions, must first obtain the Investment Committee's consent, regardless of the type of radioactive material licence.

The Amendment Bill will exclude the requirement to obtain the Investment Committee's consent before acquiring control over enterprises that use Category 4 radioactive material (the least potentially hazardous), for example, for those entities described above. This provision will facilitate investment in these companies and no preliminary approval of the Investment Committee will be required.

(d) Enterprises using particular types of inflectional agents for industrial purposes

Food manufacturing companies, refineries (e.g., when cleaning silver and gold ore), chemical plants producing nitrogen, and many other enterprises use various bacteria in the manufacturing process. Under the Law, such enterprises are Strategic Enterprises, regardless of how dangerous or benign the bacteria may be.

In addition to radioactive material, the Amendment Bill will simplify the acquisition of companies with licences allowing the use of Group 4 bacteria (low virulence) for industrial purposes by removing the requirement to obtain preliminary approval from the Investment Committee before the transaction.

Will the consideration procedure change?

The Amendment Bill also proposes procedural amendments concerning the application process. Thus, the Ministry of Defence will be authorised to issue its opinion on the threat a proposed transaction poses to national defence.

The Amendment Bill proposes increasing the term for the FSB and the Ministry of Defence of Russia to consider the impact of a transaction on national security and defence from 20 days to 30 days. This, however, shall not affect the overall consideration period.

The Amendment Bill will increase the term for concluding an agreement between the FAS and a foreign investor applicant to 30 days if the Investment Committee approves a transaction under certain conditions.

A second "presidential" set of amendments meant to further ease the Law's restrictions is expected to be introduced in the State Duma on 15 May 2011.

Serbia

Greater Incidence of Tax Control over Benefits Provided to Employees

It is common practice among employers in Serbia to provide benefits packages to employees, which may, by way of example, include the following:

- The right to use company vehicles,
- The right to use company owned flats or to have rental expenses covered by the employer,
- The right to use mobile phones,
- The loans granted to employees,
- The provision of various insurance covers,
- The provision of recreation and fitness,
- The provision of goods, services and discounts provided to employees.

Depending on the terms and conditions under which the above benefits are provided, they could be treated as part of employee salary, which is subject to personal income tax and social security contribution.

Recently, we received reports from the taxpayers that the Serbian Tax Authority has started to increasingly review the employer's expenses toward aforesaid benefits in order to establish whether they can be considered part of employee salary. Therefore, it is very important for your company to adopt the right approach regarding such expenses.

Expansion of the Serbian Double Tax Treaty Network

Recently, we have witnessed a significant expansion of the Serbian Double Tax Treaty Network. As of January 2011, ten Double Tax Treaties entered into force, among which the long expected Treaties with Austria and Greece.

This recent expansion also includes the signing of the Treaty with Indonesia and placing of the initials on the Treaty with Montenegro. The date of signing the Treaty with Montenegro is still unknown.

Ukraine

Automatic VAT refund

On 15 March 2011, the State Tax Administration of Ukraine (STAU) announced that the automatic VAT refund procedure has begun. At this time only 24 companies out of 1971 applicants have been approved for automatic VAT refund by the STAU. The overall amount of VAT which will be refunded under the automatic procedure is UAH 457 million. The list of eligible companies could be found in the STAU portal:

http://www.sta.gov.ua/control/uk/publish/article?art_id=317637&cat_id=90622

Peculiarities of completion of VAT invoices

The Kyiv State Tax Authority has published a clarification note related to certain peculiarities of the maintenance of the Register of issued and received VAT invoices and the rules for completion of VAT invoices (as required by the Tax Code).

According to the official website:

- The numbering of records in the Register of VAT invoices as well as the numbering of VAT invoices should start with a "1" every next month.
- The format of the date in the VAT invoice should be ddmmYYYY (e.g. 01012011).
- If the transaction is based on an oral agreement, the compulsory field "The type of civil agreement" should state "Purchase and sale agreement" or "Agreement on provision of services". In the field "Number" there should be a dash ("-").
- A VAT invoice must be registered in the Unified Register of VAT invoices on the day of its issuance. If not, there is a high risk that such VAT invoice will be rejected by the tax authorities.

Changes in currency regulations for foreign investments

On 22 March 2011, National Bank of Ukraine (NBU) Resolution entered into force. The Resolution amends a number of important NBU regulations regarding making and repayment of investments.

These amendments include the following:

- To pay dividends to a foreign investor, there is no longer a requirement for Ukrainian company to present a bank statement certifying initial investment coming into Ukraine.
- A certified evaluation report must be submitted to a bank to confirm the sale price of non-listed shares of a Ukrainian joint-stock company. The amount transferred abroad shall not exceed the confirmed shares value (this does not apply to limited liability companies).
- A statement from the tax authorities on the payment of taxes in Ukraine is no longer a requirement within the list of documents to be submitted to a bank for any type of investment repayment.
- Foreign investors are entitled to place hard currency from their investment accounts on the deposits with Ukrainian banks.

Ansprechpartner

Daniel Kast
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 52
daniel.kast@de.pwc.com

Monika Diekert
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-52 25
diekert.monika@de.pwc.com

Stanislav Rogojine
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 26 36-5207
stanislav.rogojine@de.pwc.com

Tanja Galander
Lise-Meitner-Straße 1
10589 Berlin
Tel.: +49 (30) 2636-54 83
tanja.galander@de.pwc.com

Abonnement

Wenn Sie unseren Newsletter abonnieren möchten, schicken Sie bitte eine Email an Cornelia Herwig: cornelia.herwig@de.pwc.com